

gewerblich-technischen Bereich resultiert auch eine sehr viel geringere Besetzung von besonderen Ausbildungsgängen für Behinderte durch Mädchen, da diese erfahrungsgemäß sich weitgehend für eine Ausbildung im kaufmännischen und Dienstleistungsbereich interessieren. Es kann insoweit auch nicht die Rede davon sein, daß eine Gleichberechtigung für weibliche Jugendliche hinsichtlich der Berufswahl nicht gegeben sei; vielmehr wird gerade beispielsweise durch die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit — untermauert, daß die Berufswahl der Mädchen (auch ihrer Eltern und ihres sonstigen sozialen Umfeldes) auf nicht-gewerbliche Berufe gerichtet ist.

Der Katalog der Merkmale für eine mögliche Erhebung über behinderte Jugendliche wird für überzogen und völlig praxisfremd gehalten. Dies gilt insbesondere für die Merkmale *Lernorte, Förderungsmaßnahmen und Art der amtlich festgestellten Behinderung*, alle diese Merkmale werden jedenfalls bei den zuständigen Stellen nicht erfaßt.

Schließlich ist zu unterstreichen, daß vom DIHT nach wie vor die Auffassung vertreten wird, eine Befragung aller Auszubildenden nach der Art ihrer Behinderung (körperlich, geistig oder seelisch) bedeute für die Auszubildenden eine unzumutbare Diskriminierung.

Peter Wordelmann

## Gleichwertige Integration Behinderter in anerkannte Ausbildungsberufe

(Entgegnung auf die Stellungnahme von Sigrid Kümmerlein)

In der Stellungnahme von Sigrid Kümmerlein (DIHT) werden fünf Punkte angesprochen, denen im folgenden einzeln und im Zusammenhang entgegnet werden soll.

Erstens glaubt die Autorin, den entscheidenden Grund für das Überwiegen der Sonderregelungen im gewerblich-technischen Bereich in den *nach allen Erfahrungen* besser ausgebildeten manuellen und fachpraktischen Fertigkeiten der behinderten Jugendlichen identifiziert zu haben. *Zunächst*: Stimmt dieser *Tatbestand* eigentlich so pauschal? Hat die Verfasserin hier nicht vor allem *geistig* Behinderte im Auge (wobei die pauschale Annahme auch für diese Gruppe zu überprüfen wäre)? Handelt es sich bei vielen geistig Behinderten nicht *nur* um Lernbehinderte? Ich habe darauf hingewiesen, daß von den 156 ausgewählten behinderten Auszubildenden von 9 Industrie- und Handelskammern, über die uns detailliertere Daten vorliegen, immerhin 38,5 % eine Hauptschule besucht haben und von diesen wiederum 58,3 % einen Abschluß hatten. Es dürfte sich also bei den behinderten Jugendlichen vielfach auch um solche handeln, die bei entsprechender Förderung durchaus eine normale kaufmännische oder gewerblich-technische Ausbildung durchlaufen können. Der Anteil der *geistig behinderten* Jugendlichen an der Gesamtzahl der behinderten Jugendlichen (Körperbehinderte, Sehbehinderte/Blinde, Schwerhörige, Gehörlose, Sprachbehinderte) schwankt etwa zwischen 25 und 50 %\*. Leider liegen auch hier keine exakteren Daten vor. Es scheint mir allerdings offenkundig, daß angesichts dieser Zahlen, die Annahme der weitaus günstigeren Ausbildung manueller und fachpraktischer Fertigkeiten bei behinderten Jugendlichen so pauschal nicht haltbar ist. *Ferner*: Ist die implizite Gleichsetzung vom Vorherrschen manueller und fachpraktischer Fertigkeiten in der gewerblich-technischen und von kognitiven in der kaufmännischen Ausbildung eigentlich — wiederum so pauschal — vertretbar? Wenn schon spezielle Ausbildungsregelungen getroffen werden, bieten sich dann nicht auch eine ganze Reihe kaufmännischer Ausbildungsberufe an? Ist die konstatierte Situation nicht auch eine Folge des fehlenden Angebots der Betriebe? *Konkret*: Bestimmt nicht das einseitige Angebot überwiegend die Ausbildungschancen der behinderten Jugendlichen?

Aus dem — wie ich meine — nicht notwendigerweise stärkeren Gewicht der Ausbildungsregelungen im gewerblich-technischen Bereich erklärt die Verfasserin dann *zweitens* die von mir hervor gehobene geringe Besetzung von speziellen Ausbildungsgängen

durch behinderte Mädchen. Hier scheint mir ein innerer Widerspruch vorzuliegen. Wenn tatsächlich die manuellen und fachpraktischen Fertigkeiten überwiegen und daraus die starke Besetzung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe folgt, wieso gilt das nicht auch für behinderte Mädchen? Offenbar besteht doch auch eine Eignung für kaufmännische Berufe, die nicht nur aus den *erfahrungsgemäß* vorhandenen Interessen der Mädchen erklärt werden kann. Es stellt sich die Frage, ob hier nicht eine angeblich vorhandene Nachfrage der Mädchen und angeblich überwiegende manuelle Fertigkeiten der Jungen hervorgehoben werden, um ein primär betrieblich determiniertes Angebot zu begründen. Wenn aber beispielsweise die Berufswahl der behinderten Mädchen tatsächlich so einseitig ausgerichtet wäre, wie Sigrid Kümmerlein meint (wer hat das untersucht?), muß das ein für allemal so bleiben? Chanceneröffnung erreicht man nicht durch Zementierung von Vorurteilen. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Bemühungen die verminderten Ausbildungschancen für Mädchen zu verbessern. Dieser Tatbestand sollte auch Sigrid Kümmerlein, die zudem Mitglied des Frauenausschusses am Bundesinstitut für Berufsbildung ist, bekannt sein. Diese Anstrengungen können vor behinderten Mädchen doch nicht ernsthaft haltmachen.

Was *drittens* die starke regionalspezifische Konzentration der speziellen Ausbildungsregelungen anbetrifft, so habe ich versucht, die Zweischneidigkeit dieser Problematik deutlich zu machen. Spezielle Ausbildungsregelungen für behinderte Jugendliche müssen ja nicht per se positiv sein, insbesondere dann nicht, wenn sie die Chance für eine Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen vermindern. Inwieweit also in den Bundesländern, in denen durch die *negative Haltung der Arbeitnehmervertreter* spezielle Ausbildungsregelungen nicht möglich gewesen sind, behinderte Jugendliche eher in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden, kann wegen fehlender Daten allerdings leider nicht festgestellt werden.

Damit waren wir beim *vierten* Punkt. Diese wenigen Ausführungen haben erneut gezeigt, daß viele Argumente sich auf *Erfahrungen* und *Tatbestände* gründen, die konkret kaum belegt sind. Die Vielzahl meiner Fragen sollte darauf verstärkt aufmerksam machen. In meiner Analyse habe ich deshalb auch ausdrücklich von *vorläufigen Ergebnissen* gesprochen. Ich meine, man sollte dagegen nicht mit *Erfahrungen* und *Tatbeständen* argumentieren und sich zugleich gegen detailliertere Untersuchungen stellen, sondern diese fordern, um ggf. auch die eigene Position erhärten zu können.

\* Vgl. Apel, H., Biermann, H., Schild, H.: Berufsausbildung und Behinderte, in: DGB — Gewerkschaftliche Bildungspolitik, 10/78

Es ist schließlich *funftens* niemals beabsichtigt worden, alle Auszubildenden nach der Art ihrer Behinderung zu befragen. Daß aber die *Art der amtlich festgestellten Behinderung* bei denjenigen Auszubildenden, die nach § 48 BBiG ausgebildet werden, erhebbar sein muß, wird wohl niemand ernsthaft bestreiten können. Ich vermag nach wie vor nicht einzusehen, daß in der statistischen Analyse ohnehin vorhandener Daten zur Verbesserung der Situation der Behinderten eine Diskriminierung liegen soll. Wenn die Ausbildung in speziellen *Behindertenberufen* keine Diskriminierung darstellt, kann doch auch ihre Untersuchung nicht diskriminierend sein. Dies bleibt allerdings ein akademischer Streit, solange man nicht die Betroffenen selbst fragt.

Damit ist das grundlegende Problem unserer Kontroverse angesprochen. Was wollen eigentlich die betroffenen behinderten Jugendlichen? Welcher Zielsetzung müssen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation dienen? Ich habe eine wertende Analyse gemacht und die Zielsetzung mehrfach genannt: es geht m. E. um die gleichwertige Integration mit der Chanceneröffnung für die Ausbildung auch in anerkannten Ausbildungsberufen. Darüber kann man diskutieren, aber unter diesem Aspekt habe ich bestimmte Punkte der gegenwertigen Situation der behinderten Auszubildenden hervorgehoben. Daß hinter der Kritik an meiner wertenden Analyse gleichfalls Wertungen und Interessen stehen, dürfte offenkundig sein, nur sollte man sie auch nennen.

## AUS DER ARBEIT DES BIBB

Günter Kühn

# Materialien und Programme zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in der Berufsbildung Erwachsener

Was für die Berufsbildung Erwachsener allgemein gilt, gilt gleichermaßen für den Teilbereich der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in der Berufsbildung Erwachsener. Es fehlt der Überblick über die Anzahl, die Art und den Umfang sowie über die Qualität der bereits in der Praxis und in der Entwicklung befindlichen Qualifizierungsprogramme. Aufgrund dieses Tatbestandes ist die Erfassung und die Analyse von Qualifizierungsprogrammen eine wesentliche Voraussetzung für eine optimale Realisierung von praxisnahen trägerübergreifenden Konzepten für die Qualifizierung von Lehrkräften in der Berufsbildung Erwachsener.

Im Rahmen eines Forschungsauftrags wurden deshalb vierzehn im Umfang, in der Form, im Ausarbeitungsgrad und in der Qualität unterschiedliche Materialien und Programme analysiert und bewertet [1].

### Untersuchungsverlauf und Methode

Zur Analyse und Bewertung dieser Materialien und Programme wurde ein Begutachtungsraster erstellt, mit dem qualifikatorische und curriculare Anforderungen zu untersuchen waren. Das Begutachtungsraster wurde auf der Grundlage eigener Forschungsergebnisse [2] und denen des Deutschen Instituts für Pädagogik [3] entwickelt.

Vornehmlich galt zu analysieren und zu bewerten:

- die Lernziele, die Lerninhalte und die Lernorganisation
- sowie deren Begründungszusammenhang,
- Eingaben zum Lernprozeßverlauf,
- Ausarbeitung der Teilnehmermaterialien,
- die didaktischen Intentionen und
- die allgemeinen Rahmenbedingungen

Diese Untersuchungsfelder entstanden aufgrund folgender Fragestellungen:

- Unter dem qualifikatorischen Aspekt war zu klären, inwieweit die formulierten Lernziele und -inhalte einen Beitrag zur Reduzierung von Qualifikationsdefiziten der Lehrkräfte in der Berufsbildung Erwachsener leisten könnten.
- Unter dem curricularen Aspekt wurde erfragt, inwieweit in der Formulierung von Lernzielen, in der Nennung von Lerninhal-

ten und in der Festlegung der Lernorganisation Merkmale erkennbar sind, wie

- Offenheit der Lernsituation für gemeinsame Planungsentscheidungen der Beteiligten,
- Erfahrungsbezug zur Situation der Teilnehmer,
- Grad der Arbeitsplatzorientierung,
- das Praktizieren von aktivierenden und selbsttätigen Lern- und Sozialformen.

### Einige Analyseergebnisse

Im Verlauf der Untersuchung stellte sich heraus, daß insgesamt nur vier Programme Aussagen zu allen Untersuchungsfragestellungen enthielten [4]. Demzufolge konnten nur diese Programme einer Detailanalyse im Hinblick auf Lernziele und -inhalte, Methoden, didaktische Struktur und Rahmenbedingungen unterzogen werden.

Darüber hinaus entsprachen die übrigen Materialien und Programme nur partiell den konzeptionellen Grundforderungen nach präziser Angabe eben genannter Elemente.

Die thematischen Schwerpunkte der in den einzelnen Weiterbildungsprogrammen beschriebenen Lernziele und Lerninhalte liegen in den Bereichen der Unterrichtsplanung und -durchführung, der psychologischen Grundinformation einschließlich Informationen über Gruppenprozesse. Nur wenige Materialien und Programme beschreiben auch Themen aus den Bereichen der Gesellschaftswissenschaften wie z. B. gesellschaftliche Bedingungen von Erwachsenenbildung.

Die Mehrzahl der Materialien und Programme ist zur Durchführung komplexer und länger andauernder Veranstaltungen angelegt. So wird in einem Fall die Qualifizierungsdauer sogar mit 400 Stunden angegeben. (Abschluß-)Prüfungen scheinen in der Regel nicht vorgesehen zu sein; sie sind aber in der Praxis wohl mehr in das Ermessen der Veranstalter/Dozenten und/oder der Teilnehmer gelegt worden. Daß Lernerfolgskontrollen durchgeführt worden sind, ist anhand der gemachten Angaben nur für eine geringe Zahl der Programme zu konstatieren.